

8 Die Identität Deutschlands

Für Deutschland werden im Folgenden zwei Debatten gewählt, die fast vierzig Jahre auseinander liegen und doch einige Gemeinsamkeiten aufweisen: Sowohl in der Frage der Wiederbewaffnung 1950-55 als auch in der über out-of-area Einsätze der Bundeswehr. Anfang der 90er Jahre ging es um eine sicherheitspolitische Weichenstellung, die den Rahmen der zukünftigen Außenpolitik Deutschlands abstecken sollte.

A Der westdeutsche Diskurs zur Wiederbewaffnung (1950-1955)

(Jörg Nadoll)

Einleitung

Die innenpolitische Auseinandersetzung über die Wiederbewaffnung Westdeutschlands (1950-1955) stellte die erste große außenpolitische Debatte in der Bundesrepublik nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges dar. Im Zuge des diesbezüglichen innergesellschaftlichen Diskurses wurden wesentliche Elemente der nationalen Identität der Bundesrepublik rekonstruiert und die Grundsteine der zukünftigen sicherheitspolitischen Orientierung gelegt (Berger 1998: 85).

Im Diskurs ging es wesentlich um die Rangordnung zwischen drei politischen Zielsetzungen: der Gewährleistung der äußeren Sicherheit, der Wiedervereinigung und der Wiedergewinnung der politischen Handlungsfreiheit sowie der Westintegration. Angesichts des politischen Erfahrungshorizonts – insbesondere der Nazi-Vergangenheit –, der spezifischen Lage des geteilten Deutschlands und einer bipolaren Welt, deren Existenz von allen Diskursteilnehmern thematisiert wurde, war die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in der Frage eines Wehrbeitrages tief gespalten. Diese Spaltung verlief quer durch alle Schichten und Interessengruppen. In den Jahren 1950 bis 1955 vollzog sich unter dem Eindruck wachsender Prosperität und vor allem erhöhter Bedrohungsvorstellungen ein Prozess der Einstellungsveränderungen (Tuschhoff 1993: 175). Zu Beginn der öffentlich geführten Debatte überwog die Ablehnung, zumindest eine weitgehende Distanzierung von allem Soldatsein (Jacobsen 1975: 96). Erst allmählich setzte sich die Tolerierung der vor allem von Adenauer skizzierten Sicherheitspolitik durch.

Die Diskursstruktur war durch einen relativ weiten Teilnehmerkreis gekennzeichnet, zu dem neben den Parteien auch Bürgerbewegungen, Gewerkschafts-, Kirchen- und Medienvertreter gehörten (Jacobsen 1975: 74-90). Trotz der weiten Beteiligung wurde der Diskurs im Wesentlichen durch die Spitzenfunktionäre

der Parteien getragen und geformt. Ihren Argumentationen gilt daher das Hauptaugenmerk. Im Folgenden werden die drei wichtigsten Identitätselemente nachgezeichnet und die diskursive Auseinandersetzung zwischen ihnen beschrieben.

Erste Diskursformation: Vorrang der Westintegration

Eine Argumentationslinie, der die Mehrheit der Angehörigen von CDU, CSU und FDP folgte, ging vom Vorrang der Westintegration aus. Die Omnipotenz Adenauers hat nicht nur die deutsche Außenpolitik der fünfziger Jahre insgesamt, sondern vor allem auch den innerparteilichen Diskurs in der CDU und letztlich ein ganzes Argumentationsmuster geprägt. In der Partei zählten Jakob Kaiser und Gustav Heinemann zu den wenigen, die eine abweichende Meinung vertraten.

Die von Adenauer geführte CDU argumentierte mit einem latenten Bedrohungsszenarium, indem sie die Furcht vor einem kommunistischen Angriff lebendig hielt. Adenauer zeichnete in der außenpolitischen Grundsatzdebatte im Bundestag am 8. November 1950 ein Bild von der internationalen Lage, das gekennzeichnet sei durch den Willen Moskaus, sich durch kluge „Verknüpfung von traditionellem russischen Expansionismus und weltrevolutionärem Antrieb“ eine Position der Vorherrschaft in Europa zu sichern.

Für Adenauer hatte die Westintegration höchste Priorität (Banchoff 1999: 53). Er sah mit einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag primär die Chance verbunden, sich allmählich als gleichberechtigter Partner in den Kreis der freien Völker des Westens einzuordnen, um wieder europäische und weltpolitische Verantwortung mit zu übernehmen (MilForsch 1990: 250). Adenauer, und mit ihm sein Kabinett, vertrat die Überzeugung, die unter dem Besatzungsstatut stehende Bundesrepublik habe aus eigenem Recht und in realer Einschätzung ihres geringen politischen Gewichtes von den Besatzungsmächten nichts zu fordern, in Anwendung des *do ut des* aber politisches Entgegenkommen im Sinne einer sukzessiven Entlassung in die Souveränität zu erwarten (MilForsch 1990: 259, Banchoff 1999: 48).

Die Anhänger eines deutschen Wehrbeitrages innerhalb einer europäischen Verteidigungsorganisation begründeten ihre Haltung nicht nur mit der sowjetischen Bedrohung oder dem verbesserten politischen und völkerrechtlichen Status, den die Bundesrepublik im Rahmen einer solchen gemeinsamen Organisation erwarten konnte. Das mit der EVG angestrebte Teilelement europäischer Einigung war nicht nur Mittel zum Zweck, sondern für viele das eigentliche Ziel (Schubert 1972: 90). Die Europahoffnungen erhielten durch die EVG-Verhandlungen starken Auftrieb, denn durch die Supranationalität einer europäischen Verteidigung eröffnete sich für die Deutschen nach dem durch die Hitler-Katastrophe herbeigeführten Identitäts-

verlust die Möglichkeit, ein neues Selbstverständnis, eine Identität in Europa zu finden („Deutschland als Teil Europas“) und so die deutsche Frage eindeutig und dauerhaft zu beantworten.⁴¹⁴ Gleichzeitig wurde damit ein für die deutsche Identität zentrales Element konstruiert, das sich in Abkehr vom deutschen Sonderweg mit „Nie allein!“ umschreiben lässt und fortan als Hang zum multilateralen Handeln zum Ausdruck kommt.

Die Regierungskoalition stellte den Wehrbeitrag erfolgreich als geeignetes Mittel sowohl zur Sicherung der Bundesrepublik vor militärischen Übergriffen und zur Westintegration als auch zur Wiedervereinigung dar (Berger 1998: 39). In der Wehrdebatte vom 7. Februar 1952 baute auch Strauß in der Prioritätenfrage eine klare Gegenposition zur SPD auf: Wer auf den Anschluss der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichte, gebe danach die deutsche Einheit preis.⁴¹⁵

Insbesondere vor dem Hintergrund des Koreakrieges wurde weiterhin ein möglicher amerikanischer Isolationismus als Argument für die Wiederbewaffnung in die deutsche Wehrdebatte eingebracht (Tuschhoff 1993: 170, Schubert 1972: 51f.). Regierungssprecher von Twardowski äußerte die Sorge, dass „jede Division, die nach Ostasien geht, [...] nicht nach Europa kommen [kann]“, was eine sehr große Gefahr darstelle.⁴¹⁶ Daher müsse nun die Aufstellung deutscher Divisionen verlangt werden. Unabhängig von der kriegsbedingten Belastung amerikanischer Streitkräfte machte sich in der Wiederbewaffnungsdebatte die generelle Furcht bemerkbar, in den USA könnten sich, wie nach 1919, abermals isolationistische Tendenzen durchsetzen. Die Bundesregierung nutzte diese Befürchtungen in der diskursiven Auseinandersetzung mit der SPD und argumentierte, dass allzu hochgeschraubte Bedingungen, wie sie von den Sozialdemokraten gefordert würden, in Amerika irritierend wirken und die isolationistischen Strömungen fördern müssten.⁴¹⁷

Während die CSU mehrheitlich der Argumentation Adenauers folgte, war die FDP, die sich im Spannungsfeld zwischen den Trägern des national-liberalen Erbes auf der einen und den westlich-demokratisch, marktwirtschaftlich Orientierten der Nachkriegszeit auf der anderen Seite befand (MilForsch 1990: 242), in der Frage der Westintegration tief gespalten (Banchoff 1999: 49f., Berger 1998: 80). Dabei stimmte die FDP in ihrer Bedrohungsanalyse grundsätzlich mit der CDU überein und warf die Formel vom „neuen Byzantinismus

⁴¹⁴ Hermann Rauschnig sah in der Suche der Deutschen nach einer neuen Identität das Hauptmotiv der deutschen Europapolitik. Er hielt das Interesse Deutschlands an einer westeuropäischen Einigung für eine elementare Notwendigkeit, die geradezu identisch mit Selbsterhaltung sei, vgl. Rauschnig 198: 86.

„Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands!“ Bundestag, stenographische Berichte, S. 8125.

⁴¹⁶ Protokoll der Pressekonferenz vom 1.12.1950, MS, Archiv des Bundespresseamtes, S. 12f.

⁴¹⁷ Vgl. Informationsdienst der CDU, 4.11.1950, S. 1. Adenauer 1965: 405.

[...] im Osten“ in die Debatte, dem eine westliche Solidargemeinschaft in Anwendung des Notwehrrechts durch gemeinsame militärische Anstrengungen entgegenwirken müsse.⁴¹⁸

Zweite Diskursformation: Vorrang der Wiedervereinigung

In dem zweiten Argumentationsmuster, das vor allem von der Mehrheit der Angehörigen der SPD getragen wurde, stand die Wiedervereinigung an oberster Stelle der außenpolitischen Zielkategorien. Wesentliche Diskursträger waren die Parteivorsitzenden Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Die Sozialdemokraten waren in Fragen der Außenpolitik allerdings eine heterogene Gruppe, die traditionell auch eine pazifistische Strömung beherbergte. Kennzeichnend für die allgemeine innere Verfasstheit waren Relikte eines historisch begründeten Antimilitarismus und einer Distanz zum Soldatentum („Nie wieder Krieg“). Die nach dem Ersten Weltkrieg von der Reichswehr lebendig gehaltene Dolchstoßlegende hat im Zusammenwirken mit der von der konservativen Rechten inszenierten Kampagne gegen die sogenannten Versailler Erfüllungspolitik tiefere Spuren im politischen Bewusstsein der SPD hinterlassen (MilForsch, 1990: 247f.). Obwohl die SPD sowohl Deutschland als auch Europa nicht akut militärisch bedroht sah, wurde ein Verteidigungsbeitrag nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern an Bedingungen geknüpft.⁴¹⁹ Voraussetzung für eine Beteiligung war die Gleichberechtigung, was der Wiedererlangung der Souveränität gleichkam. Für die SPD hatte die Wiedervereinigung eindeutig Vorrang vor Verteidigungsbeitrag und Westintegration (Jacobsen 1975: 73, Berger 1998: 61). Als Hauptargumente gegen den Wehrbeitrag führte die SPD an, dass die Wiederbewaffnung eine Gefahr für den demokratischen Staat darstelle, sie die Wiedervereinigung verhindere und den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung beeinträchtige. Außerdem müsse die Aufstellung deutscher Streitkräfte als kriegsvorbereitende Maßnahme perzipiert werden, weshalb die Wiederbewaffnung ein Alptraum für Russland sei (Tuschhoff 1993: 180). In diesem Zusammenhang kritisierte Schumacher, dass bis zur vollen Einsatzbereitschaft entsprechend den Regierungsplänen mindestens drei Jahre ins Land gehen würden, in denen die Bundesrepublik militärisch vollkommen schutzlos sei. Adenauer spielte dieses Risiko mit dem Hinweis herunter, dass Deutschland in der Zeit der Aufstellung deutscher Streitkräfte von den Westmächten ausreichend militärisch geschützt sei.⁴²⁰

⁴¹⁸ Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, Bd. 5, 98. Sitzung, 8.11.1950, S. 3602 A.

⁴¹⁹ Die Haltung der SPD zur Frage der Wiederbewaffnung war nicht zuletzt deshalb gespalten, weil ihre Führung sehr stark zwischen Strategie und Taktik zu unterscheiden pflegte. Sozialdemokratisch Funktionäre sympathisierten auf lokaler Ebene mit Kreisen der Pazifisten und Neutralisten, während die Parteiführung den Wehrbeitrag mit der Gleichberechtigung Deutschlands verknüpfen wollte (Jacobsen 1975: 71f.).

⁴²⁰ Diese Einschätzung entsprach allerdings keineswegs den militärischen Gegebenheiten (Tuschhoff 1993: 179f., 188f.).

Entsprechend der als Priorität erachteten Wiedervereinigung sprach sich die SPD für ein Konzept der offensiven Vorverteidigung aus, d.h., Kampfhandlungen sollten östlich der Grenzen der Bundesrepublik und schwerpunktmäßig außerhalb der Grenzen der DDR erfolgen.

Vergleich der beiden Diskursformationen

Konrad Adenauer und Kurt Schumacher waren die entscheidenden Träger des Wiederbewaffnungsdiskurses. Die Einstellungen und Argumentationen der beiden Spitzenpolitiker spiegelten die beiden Hauptargumentationsmuster wider (Banchoff 1999: 45). Beide sprachen sich grundsätzlich für eine Westorientierung der Bundesrepublik aus. Sie unterschieden sich in der Behandlung der Wehrfrage über die politische Taktik hinaus wesentlich darin, dass sie und ihre Parteien dem eigentlich militärischen Komplex einen unterschiedlichen Stellenwert beimäßen (MilForsch 1990: 260). Adenauer und Schumacher zogen unterschiedliche Lehren aus der Vergangenheit. Zwar betrachteten beide das Deutsche Reich unter Bismarck als historischen Identifikationsbezug und nationalen Referenzrahmen (Banchoff 1999: 38). Während sich Adenauer aber angesichts der deutschen Unrechtspolitik der Jahre 1933-1945 für außenpolitische Zurückhaltung aussprach und aus der deutschen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg die Notwendigkeit einer tieferen europäischen Integration ableitete, trat Schumacher für eine bestimmtere deutsche Außenpolitik ein. Mit Verweis auf die Zwischenkriegszeit warnte er, dass eine Diskriminierung Deutschlands in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Belangen kontraproduktiv sei. Vor dem Hintergrund der nach 1919 gemachten Erfahrungen betrachtete Schumacher es als legitim, wenn die politischen Repräsentanten der Bundesrepublik in stärkerem Maße auf Souveränität und Gleichberechtigung drängten. Der von Adenauer favorisierten Politik der Westbindung und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hielt die SPD auf ihrem Dortmunder Parteitag im September 1952 den Gedanken eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa entgegen, an dem Deutschland gleichberechtigt beteiligt werden sollte (Tuschhoff 1993: 177).⁴²¹

Dritte Diskursformation: Neutralität als beste Lösung

Die öffentliche Diskussion um die Möglichkeit einer Neutralisierung Deutschlands war vor allem durch die Vorschläge des Ostblocks vom Oktober 1950 in Gang gekommen. Damals hatte die Prager Konferenz gefordert, Deutschland auf der Basis der Potsdamer Beschlüsse bei Abzug aller Besatzungstruppen und völliger Entmilitarisierung zu vereinigen. Erneute Dynamik erhielt der „Neutralitätsdiskurs“ durch die sogenannte „Stalin-Note“, in der der sowjetische Staatschef Josef Stalin im März 1952 das Angebot

⁴²¹ Den Grundgedanken eines Systems kollektiver Sicherheit für Europa versuchten mehrere SPD-Politiker, darunter auch Carlo Schmid, in individuellen Plänen auszugestalten (Volkman 1988, Schmid 1995).

unterbreitete, einer Vereinigung Deutschlands im Austausch für dessen Neutralität zuzustimmen.

Das Neutralitätsargument knüpfte zunächst an das Identitätselement des ‚verantwortungsbewussten Deutschland‘ an. Eine wesentliche Ursache des deutschen Neutralismus war ein im Erlebnis des Zweiten Weltkriegs begründeter Pazifismus, der sich oft in einfach emotionaler Ablehnung jeder Art von Bewaffnung äußerte (Schubert 1970: 128). Die Neutralisten appellierten primär an die kriegsbedingten pazifistischen Gefühle der Bevölkerung, wobei alle durch den Krieg besonders betroffenen Gruppen einzeln angesprochen wurden. Auf dem „Deutschen Kongress“ vom 17. und 18. März 1951 in Frankfurt bauten die Neutralisten auch ihre politische Argumentation aus, wonach der innere Friede in Deutschland nicht durch ausländische Truppen, sondern nur durch den Verzicht auf bewaffnete deutsche Verbände zu sichern sei. Dementsprechend wurde in der Abschlusserklärung von den Besatzungsmächten Abrüstung und Demilitarisierung aller Besatzungszonen gefordert.⁴²²

Der Neutralitätsdiskurs bediente sich verschiedener Argumentationsmuster. Er lässt sich zwischen ethisch bedingtem pazifistischen Neutralismus, pragmatischem Neutralismus sowie nationalistischem und kommunistischem Neutralismus differenzieren (Schubert 1972).

Zu den eher pazifistischen Neutralismusgruppen zählte der 1948 von dem Würzburger Universitätsprofessor und CSU-Stadtrat Ulrich Noack gegründete Nauheimer Kreis, dem Mitglieder verschiedener Parteien wie KPD, SPD, CDU und FDP angehörten.⁴²³ Zusammen mit Gustav Heinemann und Martin Niemöller verfasste Noack den Wiesbadener Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für einen allgemeinen Friedensschluss. Darin wurde die deutsche Jugend in beiden Teilen Deutschlands aufgefordert, ihr „Ohne uns“ zu artikulieren und soziale Gerechtigkeit statt Wiederbewaffnung zu fordern. Die Proklamation erwies sich allerdings als politischer Bumerang. Ihre gewünschte öffentliche Wirkung blieb gering; die negative Rückwirkung auf ihre Verfasser war um so größer und nachhaltiger (MilForsch 1990: 510). Wie auch bei anderen Gruppen war der von Noack propagierte Neutralismus zum Teil mit Anti-Amerikanismus gepaart.

Neben den primär pazifistisch orientierten Neutralisten etablierte sich eine ebenfalls verschiedene politische Lager umfassende Gruppe pragmatischer Neutralisten. Die zentrale Figur der bürgerlichen außerparlamentarischen Opposition gegen einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag war der CDU-Politiker Gustav Heinemann. Im November 1951 gründete er u.a. mit der

⁴²² Vgl. die Erklärung des Deutschen Kongresses an die vier Besatzungsmächte vom 18.3.1951, MS, Archiv Bundespresseamt. Für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, Flugschrift hrsg. vom Sekretariat des Deutschen Kongresses, Wolf Schenke, Hamburg 1951, S. 5f.

⁴²³ Siehe zum Nauheimer Kreis: MilForsch 1990: 507-512.

Zentrumspolitikerin Helene Wessel und Otto Koch von der SPD die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, deren bedingter Neutralismus sich zwar in einigen Aussagen mit dem Nauheimer Kreis berührte, aber mehr an aktuellen Problemen der praktischen Politik orientiert war. Politisches Ziel der Notgemeinschaft, die 1952 zur „Gesamtdeutschen Volkspartei“ (GVP) umgeformt wurde, war die Wiedervereinigung ohne Gefährdung des Friedens (Jacobsen 1975: 79). Ähnlich wie Noack wollte Heinemann Deutschland in eine Mittelposition bringen und für das deutsche Gebiet den Ost-West-Gegensatz aufheben.⁴²⁴ Die GVP folgte dabei aber keinem pazifistischen Argumentationsmuster. Ihr Neutralismus war pragmatischer Natur und galt nur für die bestehenden Verhältnisse, die nach ihrer Meinung keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung und zur Entschärfung der explosiven Situation in Deutschland zuließen (Schubert 1972: 137, MilForsch 1990: 513).

In den politischen Überlegungen der eher pragmatisch orientierten Neutralisten tauchte immer wieder die Vorstellung von einem Europa von Stockholm bis Ankara auf (Wessel 1952: 20). Damit gewann die Neutralitätsidee eine neue Dimension, indem sie sich auch im Identitätselement ‚Deutschland als Teil Europas‘ erdete. Die Vereinigten Staaten von Europa waren allerdings ein politisches Fernziel. Die Wiedervereinigung dürfte auf keinen Fall erst an dessen Ende stehen und vor allem dürften keine Schritte unternommen werden, die in die entgegengesetzte Richtung, nämlich in die endgültige Teilung führten. Daher erschien der EVG-Vertrag für die „Notgemeinschaft“ als unannehmbar, weil sie ihrer Überzeugung zufolge den Spaltungsprozess förderten (MilForsch 1990: 515). Auch dabei wurde mit der Notwendigkeit multilateralen Handelns – vorzugsweise im europäischen Kontext – argumentiert. Mag die Motivation auch eine andere gewesen sein, die Neutralisten argumentierten wie die Befürworter der Wiederbewaffnung mit der Vermeidung eines unilateralen Sonderweges und knüpften damit an ein weiteres zentrales Identitätselement an, das nach Kriegsende neu mit Bedeutung versehen wurde, ‚nie allein‘.

Obwohl die Veranstaltungen der „Notgemeinschaft“ in der Bevölkerung auf lebhaftes Interesse stießen, vermochte es Heinemann nicht, sich als politischer Meinungsträger im außerparlamentarischen Raum genügend Gehör zu verschaffen und sich als wichtiger Diskursträger im Gesamtdiskurs zu etablieren.

Vertreter der äußersten Rechten wie Wolf Schenke, einstmals Chefredakteur des Organs der HJ-Führung „Wille und Macht“, behaupteten, der Ausweg „aus der grauenhaften Alternative“ zwischen „Amerikanismus“ und „Bolschewismus“ könne nur in der Verfolgung einer eigenständigen deutschen Politik bestehen (Schubert 1972: 133). Der Wehrbeitrag würde keine Sicherheit bringen, sondern im Gegenteil die Kriegsgefahr erhöhen. Schenke plädierte für eine Dritte Kraft

⁴²⁴ Siehe entsprechende Petition in *Der Spiegel* v. 16.4.1952, S. 10.

zwischen den beiden Großmächten, eine Friedensfront der neutralen Staaten, die von Japan über Indien, Indonesien und die arabischen Staaten bis nach Deutschland reichen sollte.⁴²⁵ Die nationalistischen Neutralisten wollten vor allem dem Einfluss der Besatzungsmächte entkommen. Während der Nauheimer Kreis seinen Neutralismus pazifistisch und seinen Pazifismus ethisch motivierte, bewegte sich die Dritte Front in machtpolitischen und traditionellen nationalistischen Kategorien.

Auch Vertreter linker Gruppen plädierten unter Verweis auf eine neutrale Position für die Lösung der Bundesrepublik vom Westen und aus der westlichen Verteidigung. Die Kommunisten nahmen das Wort Neutralisierung aber nur selten in den Mund, denn eine neutrale Haltung gegenüber dem Osten gab es für sie nicht. Die Verlautbarungen der Kommunisten und der extremen Rechten waren sich zum Teil sehr ähnlich. Auf dem KPD-Parteitag vom März 1951 wurde beispielsweise beschlossen, für eine Zusammenarbeit mit den „patriotischen Kräften“ einzutreten, um „den nationalen Widerstand gegen die Politik der Okkupation zu organisieren“ (Schubert 1972: 135). Die KPD wandte sich sowohl gegen Westintegration als auch gegen Wiederbewaffnung. Im Frühjahr 1950 legte sie den Entwurf eines Gesetzes vor, das für die Bundesrepublik Herstellung, Besitz, Einfuhr und Verbreitung von Waffen und Kriegsmaterial verbieten sollte.⁴²⁶ Ihr Hauptargument war, dass eine Wiederbewaffnung und Westintegration Westdeutschlands eine friedliche Wiedervereinigung und den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages in Deutschland erschweren würde (Jacobsen 1975: 92). Die KPD bediente sich einerseits der stark propagandistisch untermauerten parlamentarischen Tätigkeit zunächst auf Landes-, später auf Bundesebene, und zwar bei starker Betonung des nationalen Gedankens. Aufgrund ihrer bescheidenen Sitzzahl (15 Mandate) im Bundestag weitete die KPD ihre parlamentarische Basis andererseits auf plebiszitäre Elemente aus, indem sie sich u.a. an national und international gesteuerten außerparlamentarischen Aktionen für den Frieden und gegen die westdeutsche Aufrüstung beteiligte bzw. selbst entsprechende Initiativen ergriff.

Die äußerste Linke blieb wie die äußerste Rechte mit ihrer Auffassung in der Bundesrepublik eine schwache Minderheit; beide haben die diskursive Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung kaum beeinflusst. Die Neutralisten aller Couleur konnten sich in der Öffentlichkeit zwar auf die Anhänger der im Grunde unpolitischen „Ohne mich“-Bewegung stützen.⁴²⁷ Einen nennenswerten Anhang fanden die Neutralisten in der Bevölkerung trotzdem nicht.⁴²⁸

⁴²⁵ Vgl. Aufruf zur Bildung der „Dritten Front“, Hamburg, 31.10.1950. In: Bundesarchiv 1-/Bd. 2.

⁴²⁶ Antrag vom 16.3.1950, Deutscher Bundestag, Drucksachen, Bd. 3, Nr. 715.

⁴²⁷ Ein etwas kurioses Zeugnis dieses Neutralismus stellte der Anfang 1951 in Hamburg in Umlauf gebrachte Neutralitätsausweis dar. Siehe Schubert 1972: 131.

⁴²⁸ Anderer Auffassung ist Berger, der im Hinblick auf die gegen die Adenauerpolitik gewandte „ohne mich Bewegung“ von einer „substantiellen Anzahl“ spricht (Berger 1998: 38).

Die Auseinandersetzung mit den Neutralisten

Die neutralistischen Gruppierungen konnten aus sich selbst heraus insgesamt keine politische Breitenwirkung erzielen. Sie erlangten jedoch große Aufmerksamkeit durch die heftigen Gegenreaktionen, die die wenigen neutralistischen Initiativen auslösten (MilForsch 1990: 510). Neben den in ihnen selbst zum Ausdruck gebrachten Identitätselementen geben insbesondere die Gegenreaktionen Aufschluss über die (Re)konstruktion der nationalen Identität, die hierbei zumeist durch die deutliche Abgrenzung zu neutralistischen Strömungen geprägt war.

Der Kriegsausbruch in Korea am 25. Juni 1950 stellte ein entscheidendes formatives Ereignis für den „Neutralitätsdiskurs“ dar, denn Korea war ein von Besatzungstruppen geräumtes Land, für dessen Sicherheit in ähnlicher Weise gesorgt worden war, wie es die Proklamationen einiger Neutralisten, u. a. der Nauheimer Kreis, vorsahen. Vertreter von FDP und CDU griffen den Kriegsausbruch, der eine deutliche Warnung für alle sein müsse, argumentativ auf.⁴²⁹ Vor allem Adenauer zog seit Dezember 1950 in seinen Reden wieder und wieder gegen die Neutralisierung zu Felde. Dabei stützte er sich überwiegend auf das Sicherheitsargument, das an der ‚deutschen Frage‘ anknüpfte. Deutschland, so Adenauer, werde als wehrloses Gebilde zwischen dem starken Rußland und dem schwachen Westeuropa liegen, und das müsse zur Folge haben, dass man „rettungslos“ in das Kraftfeld „Sowjetrußlands“ gerate.⁴³⁰ Beispielhaft für die Argumentationsweise Adenauers gegen die Neutralisten war seine Rede in Essen am 9.7.1951, in der er die Angst vor dem sowjetischen Okkupationsdrang schürte.⁴³¹ Eine Entmilitarisierung mache Deutschland zum leichten Gewinn für Russland, dem danach durch den Zuwachs an Kriegspotential auch Frankreich und Italien mit ihren kommunistischen Parteien in den Schoß fallen würden. Deutschland, Frankreich, Italien, die Beneluxländer und ganz Westeuropa würde in kurzer Zeit ein Satellitenstaat sein. Russland würde damit zu einem Gegner werden, den auch die USA zu respektieren hätten. Im Falle „(...) eines russischen Angriffs [würden] Millionen von Deutschen nach Russland getrieben, in russische Armeen gesteckt oder zur Sklavenarbeit verdammt (...)“ werden (Adenauer 1956, 76). Zur Verstärkung des Sicherheitsarguments stellte Adenauer außerdem auf die Bewahrung der westlichen Wertegemeinschaft ab⁴³² und bezichtigte alle Vertreter neutralistischer Gedanken, im Dienste

⁴²⁹ Vgl. das Protokoll der Pressekonferenz Blüchers vom 13.2. 1951 in Bonn, MS, Archiv des Bundespresseamtes, S. 16.

⁴³⁰ Vgl. Adenauers Rede in der Universität Bonn vom 10.2.1951, MS, Archiv des Bundespresseamtes, S. 11.

⁴³¹ Rede von Adenauer in Essen vom 9.7.1951, MS, Archiv des Bundespresseamtes, S. 15.

⁴³² „Wem es daher Ernst ist mit dem Kampf um die Freiheit, um die Güter des Christentums, mit dem Kampf um die abendländische Kultur, der muß hier aufpassen und muß die richtige Wahl treffen.“ Ebd.

Sowjetrußlands zu stehen.⁴³³ Adenauer legitimierte die Westintegration auf der Basis von transnationalen Idealen, wie der Verteidigung von Demokratie und westlicher Zivilisation (Berger 1998: 43) und ankerte seine Argumentation so im Identitätselement „Deutschland als Teil des Westens“. Diese Argumentation fand Zuspruch von einer größeren Gruppe der Sozialdemokraten, angeführt durch Fritz Erler und Helmut Schmidt (Berger 1998: 64).

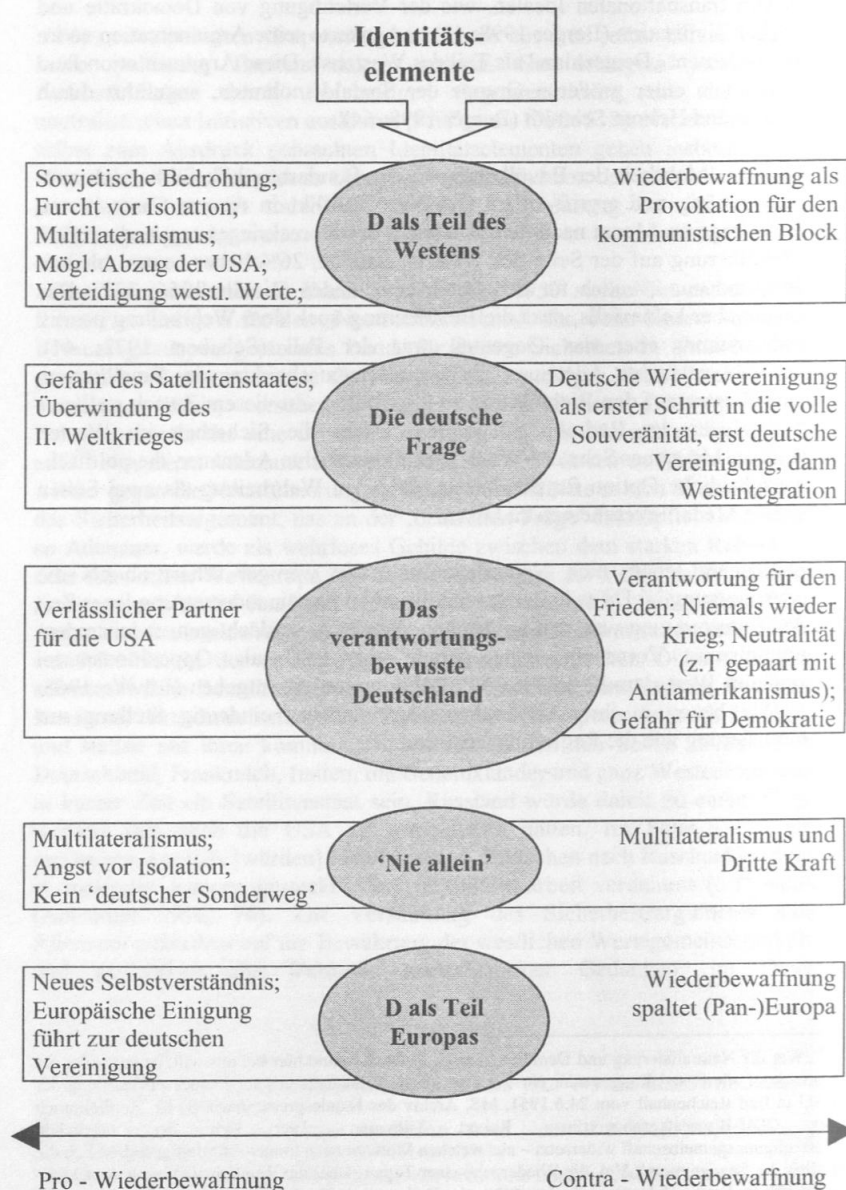
Die große Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik fühlte sich zum Westen gehörig und ergriff so im Ost-West-Konflikt in diesem Sinne Partei. Eine Umfrage im Monat nach dem Ausbruch des Koreakrieges ergab, dass 62% der Bevölkerung auf der Seite des Westens standen, 26% lieber neutral bleiben wollten und nur 2% sich für den Osten entschieden (Noelle 1956: 332). Das bedeutete aber keinesfalls, dass die Bevölkerung auch dem Wehrbeitrag positiv gegenüberstand; eher das Gegenteil war der Fall (Schubert 1972: 44). Gleichwohl versuchte Adenauer, die Grundsatzentscheidung der Bevölkerung für den Westen auf den Wehrbeitrag zu überführen. Zu diesem Zweck stellte er immer wieder der Bedrohung aus dem Osten die Sicherheit im Westen gegenüber. Mit seiner Schwarz-Weiß-Technik versuchte Adenauer, die politisch-weltanschauliche Option für den Westen und den Wehrbeitrag als zwei Seiten derselben Medaille erscheinen zu lassen.

Schumacher lehnte eine Neutralisierung nicht weniger scharf ab als die Bundesregierung.⁴³⁴ Da es in der innenpolitischen Auseinandersetzung jener Zeit an der Tagesordnung war, den politischen Gegner zu verdächtigen, er leiste dem Kommunismus Vorschub, legte gerade die SPD als Oppositionspartei besonderen Wert darauf, solchen Verdächtigungen zu entgehen (Löwke 1968: 140). Sie bezog in ihrer Gesamtheit aber nicht so eindeutige Stellung zur Neutralisierung wie die Regierungskoalition.

⁴³³ „Wer die Neutralisierung und Demilitarisierung in Deutschland hier bei uns will, ist entweder ein Dummkopf allerersten Ranges oder ein Verräter.“ Rede Adenauers auf der Landesversammlung der CSU in Bad Reichenhall vom 24.6.1951, MS, Archiv des Bundespresseamtes, S. 15. Ähnlich auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Robert Tillmann: „Wer sich der westliche Verteidigungsgemeinschaft widersetzt – aus welchen Motiven auch immer – fördert grundsätzlich die Politik der Sowjetunion.“ Vgl. die Wiedergabe einer Tagung über die Wiederbewaffnung vom 31.1.-4.2.1952. In: Leitbrief der Freunde der „Stätte der Begegnung“, Nr. 2, Heiligenhaus, o.J., o.S.

⁴³⁴ „Die Neutralisierung ist nicht Antimilitarismus, sondern eine sowjetische Propagandawaffe.“ Schumacher in einer Rede am 9.10.1951 in Hamburg, MS, Archiv des Bundespresseamtes, S. 12.

Abb. 26: Der westdeutsche Diskurs zur Wiederbewaffnung (1950-1955)



Diskurshegemonie

Der westdeutsche Wiederbewaffnungsdiskurs wies im Wesentlichen drei verschiedene Diskursformationen auf: Der Neutralitätsdiskurs knüpfte u. a. an die infolge des Krieges bestehenden tiefsitzenden pazifistischen Grundorientierungen an und trug entscheidend zur Konstruktion bzw. Aktivierung des Identitätselements ‚Das verantwortungsbewusste Deutschland‘ bei. Obwohl die „Neutralisten“ – aus unterschiedlichen Motiven – ihre Argumentation in einer identitären Grundlage verankern konnten, gelang es ihnen nicht, den Gesamtdiskurs zu dominieren. Allerdings prägten pazifistisch aufgeladene Argumentationsmuster die folgenden sicherheitspolitischen Diskurse. Infolgedessen war das außenpolitische Verhalten der Bundesrepublik lange durch die Abwesenheit militärischer Mittel geprägt und wird noch heute durch die Präferenz für politische Lösungen gekennzeichnet (Mauil 1999: 7).

Der Schwerpunkt der diskursiven Auseinandersetzung fand zwischen den Befürwortern (Mehrheit der CDU/CSU) und den Gegnern (Mehrheit der SPD) einer bedingungslosen Westintegration statt. Für Adenauer war der Anschluss an den Westen das vordringlichste Ziel, während die SPD der Wiedervereinigung höchste Priorität zusprach. Dem Vorwurf einer Vernachlässigung der Wiedervereinigungspolitik versuchte Adenauer mit einer Konzeption zu begegnen, die als „Politik der Stärke“ bezeichnet wurde (Tuschhoff 1993: 177f).⁴³⁵ Die Politik der Stärke, die keine Kompromissvorschläge zuließ, sollte Westintegration mit Wiederbewaffnung verbinden und den behaupteten Widerspruch zwischen beiden aufheben. Die Bundesregierung konnte den Eindruck vermitteln, sie habe in der Frage der Wiedervereinigung das Gesetz des Handelns in die eigene Hand bekommen; sie gab zu erkennen, auf dem Wege über den Wehrbeitrag ließe sich in absehbarer Zeit die Wiedervereinigung erreichen (Tuschhoff 1993: 169). Die Politik der SPD erschöpfte sich lange Zeit in der bloßen Ablehnung des Wehrbeitrags. Sie argumentierte, dass die Bundesrepublik sich alle Möglichkeiten der Verhandlung mit dem Osten offen halten müsse, um so die Wiedervereinigung zu erreichen. Dabei befand sie sich in der schwierigen Lage, über das Ergebnis solcher Verhandlungen nur Spekulationen anstellen zu können.⁴³⁶ Auch wenn ein Großteil der Wähler der Wiedervereinigung hohe Bedeutung beimaß, überzeugten sie die Argumente der SPD nicht (Berger 1998: 68, 70). Die politische Wirksamkeit ihrer Opposition wurde insbesondere durch die Tatsache beeinträchtigt, dass „Neutralität“ oder „Bündnisfreiheit“ sich gegenüber den Sicherheitsvorstellungen der Mehrzahl der Bevölkerung nicht zu behaupten vermochten. Die zunehmende Identifizierung

⁴³⁵ Die Politik Adenauers hatte „(...) etwas Zuverlässiges, das durch die Person des Bundeskanzler suggeriert wurde“ (Noack 1977: 137).

⁴³⁶ Ein Grund, warum in der damaligen psycho-politischen Lage die Anti-Wiederbewaffnungskampagne der SPD nicht durchschlug, lässt sich u.a. in Sätzen wie diesem erkennen: „Die Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderlebens zwischen Sowjets und dem Westen – auch in der Form des Waffenstillstands – ist nicht beweisbar, aber an diese Möglichkeit zu glauben, begründet die Möglichkeit heute Politik zu machen.“ Zit. n. Noack 1977: 145.

der westdeutschen Gesellschaft mit der Politik Adenauers hingegen war in hohem Maße die Konsequenz eines zuvor etablierten „Kartells der Angst“ (Dahrendorf 1968: 297, 302f., 306f. und 359). Überhöhte Bedrohungsvorstellungen als Folge einer gezielten Schwarz-Weiß-Zeichnung der politischen Lage haben zur Systemstabilisierung und zur Bereitschaft beigetragen, Mitglied der westlichen Sicherheitsgemeinschaft zu werden. Adenauer konnte sich u. a. deshalb im Diskurs durchsetzen, weil er Sicherheit versprach.⁴³⁷

Adenauer gelang es mit seiner Argumentation, verschiedene Identitätselemente zu verbinden. Neben den Identitätselementen ‚Deutschland als Teil des Westens‘ und ‚Die deutsche Frage‘ lässt sich das entscheidende Identitätselement mit ‚Nie allein!‘ beschreiben. Es bringt einerseits die Abkehr vom deutschen ‚Sonderweg‘ der Jahre 1933-1945 zum Ausdruck, der gekennzeichnet war durch eine anti-westliche Orientierung, eine autoritäre und totalitäre Politik sowie eine militaristische Neigung. Andererseits fordert dieses Identitätselement die Abkehr von unilateralen Aktionen und bildet die Grundlage für einen Hang zu multilateralem Handeln.

Die Westintegration erschien noch aus einem weiteren Grund als natürliche Konsequenz. Die Identifikation mit einem vereinten Europa ermöglichte der westdeutschen Gesellschaft die Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses: Europa wurde damit zur ideellen Kategorie. An diesem Punkt, dem Ausdruck der Suche nach einer neuen Identität, trafen alle Argumentationsmuster zusammen. Adenauer verstand es, durch die gezielte Abgrenzung vom „bolschewistischen Osten“ ein Gemeinschaftsgefühl zu beschwören. Die Zugehörigkeit zur zivilisatorischen Wertegemeinschaft des Westens wurde zu einem zentralen Identitätselement. Adenauer leitete daraus argumentativ die notwendige Europa- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ab und trug somit zur Etablierung eines Diskurses bei, der das außenpolitische Handeln Deutschlands in den folgenden Jahrzehnten bestimmte. Die Westintegration wurde zum allgemeinen Konsens (Banchoff 1999: 56).

Im Zuge der Debatte über die westdeutsche Wiederbewaffnung wurden die Grundlagen der zukünftigen sicherheitspolitischen Orientierungen der Bundesrepublik gelegt. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war die deutsche Gesellschaft auf der Suche nach neuen sinnstiftenden Identifikationsmerkmalen, einem neuen Selbstbild – kurz, nach einer neuen Identität. Der Diskurs über die Wiederbewaffnung hat zu einer grundlegenden Rekonstruktion der nationalen Identität Westdeutschlands geführt. Dabei wurden Identitätselemente etabliert, die über Jahrzehnte Bestand haben sollten.

⁴³⁷ Die Wähler entschieden sich 1953 für Adenauers Weg und gaben damit der Sicherung durch Westintegration den Vorzug vor der Wiedervereinigung.

B Der deutsche Diskurs zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr (1990-1994)

(Christos Katsioulis und Jörg Nadoll)

Einleitung

Die Frage nach einem möglichen Auslandseinsatz der Bundeswehr kam erstmals Ende der achtziger Jahre im Zuge des ersten Golfkriegs auf. Mit der Begründung, dass die Verfassung einen solchen Einsatz nicht erlaube, wies die Bundesregierung die Aufforderung der USA und einiger westeuropäischer Staaten, sich an Militäroperationen zu beteiligen, zurück. Lediglich fünf Minensucher wurden ins Mittelmeer entsandt, um dort amerikanische Schiffe zu ersetzen, die im Persischen Golf operierten. Diese erste *out-of-area* Debatte fand in der deutschen Öffentlichkeit kaum Beachtung.

1989 entschied sich die Bundesregierung, eine UN-Mission in Namibia durch die Entsendung von 50 Beamten des Bundesgrenzschutzes zu unterstützen, die bei der Wahlüberwachung helfen sollten (Bach 1999: 122). Die etwa ein Jahr nach der Namibia-Mission stattfindende irakische Invasion in Kuwait brachte das Thema Auslandseinsatz wieder auf die politische Tagesordnung. Diesmal entbrannte um die Frage einer deutschen Beteiligung an einer von den USA geführten internationalen Eingreiftruppe eine heftige Diskussion, die auch die deutsche Öffentlichkeit bewegte. Eine vorläufige Klärung der Problematik wurde durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 erreicht, in der die Verfassungsrichter feststellten, dass das Grundgesetz einer Beteiligung deutscher Soldaten an Auslandseinsätzen innerhalb eines Systems kollektiver Sicherheit nach grundsätzlich vorheriger konstitutiver Zustimmung des Bundestages nicht entgegensteht.

Seit der Wiedervereinigung gewann die Frage nach Auslandseinsätzen für die Bundesregierung eine neue Bedeutung, da sie nun mit der weltpolitischen Rolle des neuen Deutschlands verbunden wurde (Bach 1999: 122). Durch die erneute Absage einer deutschen Beteiligung im Zweiten Golfkrieg war die Bundesrepublik einem erheblichen außenpolitischen Druck ausgesetzt, der die Bundesregierung dazu veranlasste, eine Flugzeugstaffel Alpha Jets in die Türkei zu verlegen, um das NATO-Mitglied vor einer potentiellen Aggression durch den Irak abzusichern. Außerdem leistete Deutschland einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der Operation. Die z. T. heftigen Reaktionen des Auslands sowie die Angst zahlreicher Politiker vor einer Isolierung der Bundesrepublik leiteten einen Umdenkprozess in Deutschland ein. Dieser wurde durch die Bundesregierung aktiv unterstützt, indem sie bis zur rechtlichen Klärung 1994 durch alleinige Entscheidung die Bundeswehr in Missionen einsetzte, die noch unterhalb der umstrittenen Schwelle verfassungs-